

Von Tang besonders gewürdigt wurde die Einrichtung eines Mechanismus hochrangiger bilateraler Konsultationen zwischen Beijing und Paris. Auch die Realisierung der vereinbarten telefonischen „Hotline“ zwischen den Regierungen in China und in Frankreich sei nunmehr in die „letzte Phase der technischen Vorbereitungen eingetreten“.

Chirac würdigte – wie er das schon vor der UN-Menschenrechtskommission getan hatte – die kürzlich vom Nationalen Volkskongress vorgenommene Ratifizierung der Konvention über die sozialen und wirtschaftlichen Rechte als wichtigen Schritt, betonte aber zugleich, wie sehr man in Frankreich auch die Ratifizierung der Konvention über die bürgerlichen und politischen Rechte erwarte. Tang Jiaxuan begrüßte in diesem Zusammenhang die Dialogbereitschaft der französischen Regierung in Sachen Menschenrechte im Gegensatz zu der wenig konstruktiven Haltung der Konfrontation anderer Staaten.

Der Besuch des chinesischen Außenministers war in der zweiten Aprilhälfte gefolgt von einer Reise des Vize-Premiers Li Lanqing. Dieser traf ebenfalls mit dem französischen Außenminister Vedrine zusammen. Beide betonten die Wichtigkeit der Entscheidung über die Errichtung von Kulturzentren im jeweils anderen Land sowie für die Ausrichtung eines chinesischen und eines französischen Kulturjahres 2003 und 2004.

Mit der französischen Ministerin für Kultur und Kommunikation, Catherine Tasca, wusste sich Li einer Meinung in der Beurteilung, dass die kulturelle Diversität der Länder und Völker gerade in der gegenwärtigen Zeit der Globalisierung von großer Bedeutung sei. Nach Lis Ansicht sind Austausch und Kooperation auf kulturellem Gebiet ebenso bedeutend wie internationale politische Zusammenarbeit. Tasca stimmte Li uneingeschränkt zu, dass jedes Land Anstrengungen zur Wahrung seiner individuellen kulturellen Charakteristika unternehmen solle. (Xinhua, 2.4.01, nach BBC PF, 2.4.01; AFP, 2.4.01, nach BBC PF, 2.4.01; XNA, 19.4., 21.4.01; Xinhua, 14.4.01, nach BBC PF, 14.4.01) -kg-

Innenpolitik

11 Partei und Gewerkschaften

Am Vorabend des 1. Mai, des Internationalen Tags der Arbeit, nutzte Präsident Jiang Zemin ein Treffen mit mehr als 100 so genannten „nationalen Modellarbeitern“, um die traditionelle politische Aufgabenstellung der chinesischen Gewerkschaftsorganisationen gegenüber der Kommunistischen Partei erneut zu verdeutlichen. Vor dem Hintergrund der sich seit 1922 vollziehenden tief greifenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft des Landes betonte Jiang, dass die alte Rollenzuweisung der Gewerkschaften als Transmissionsriemen der Partei nach wie vor unangefochtene Gültigkeit besitze. Er erwarte daher, dass die „Arbeiterklasse und andere arbeitende Menschen das große Banner des Marxismus-Leninismus, der Mao Zedong Ideen und der Deng Xiaoping Theorie hochhalten und sich enger um das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas scharen“. Die Gewerkschaften müssen in diesem Zusammenhang auch weiterhin „das Verbindungsglied zwischen der Partei und den Arbeitern bilden“. Umgekehrt forderte der Präsident von der Partei und den Regierungsorganen aller Ebenen, „der Arbeit der Gewerkschaften große Aufmerksamkeit zu schenken und angemessene Bedingungen zu schaffen, damit diese ihre Aufgaben erfüllen können“. Die gesamte Arbeit der Partei beruhe laut Jiang „auf der Sicherung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Rechte und Interessen der Arbeiterklasse“. Alle Kader müssten sich immer wieder vergegenwärtigen, dass dies „die grundlegende Forderung der sozialistischen Demokratie“ sei und somit „zum Vorteil der Partei und des Landes“ gereiche. Jiang ließ in seiner Rede allerdings die für die politisch-gesellschaftliche Praxis entscheidende Frage offen, inwieweit die von ihm betonten Grundsätze mit der gegenwärtigen Wirklichkeit in Partei- und Gewerkschaftsleben übereinstimmen. (XNA, 30.4.01) -ma-

12 NVK-Forum zum Rechtssystem

Ende April veranstaltete der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses unter Leitung des NVK-Vorsitzenden Li Peng das so genannte „20. Forum zum Gesetzssystem“. Im Mittelpunkt des Forums standen Reden und Diskussionen zur Wirtschaftsgesetzgebung, insbesondere zur zentralen Rolle des nationalen „Unternehmensgesetzes“. Zwar habe man im Verlaufe der Jahre das gesetzliche Rahmenwerk für Unternehmen Schritt für Schritt verbessert, aber „weitere Gesetzgebungstätigkeit und kontinuierliche Revisionen der bestehenden Gesetze zum modernen Unternehmenssystem“ seien unerlässlich. Das gelte nicht nur für die Erstellung dieser Gesetze, sondern auch für die „Überwachung der Durchsetzung dieser Gesetze“ in der wirtschaftlichen Praxis des Landes.

Führender Rechtsexperte auf dem Forum war Professor Wang Baoshu, Präsident der juristischen Abteilung der Qinghua-Universität. Er hielt das zentrale Fachreferat zum Thema „Gesetzssystem für moderne Unternehmen“, in dessen Mittelpunkt das „moderne Unternehmensgesetz“ des Landes stehe. Das Gesetz stelle einen wesentlichen Eckpfeiler der Reformpolitik der Staatsunternehmen dar.

Wangs Aussagen wurden von Li Peng nachdrücklich unterstrichen. Laut Li sei „die Errichtung des modernen Unternehmenssystems von großer Bedeutung für die Umwandlung des operationellen Mechanismus, die Stärkung des Managements und die Verbesserung der Qualität sowie der Wettbewerbsfähigkeit der Staatsbetriebe unseres Landes“. Vor allem mit Blick auf Chinas kommenden Beitritt zur WTO seien weitere Reformarbeiten von großer Dringlichkeit. Im Verlaufe der neuen Fünfjahresplanperiode „müssen wir die Reform der mittleren und großen Staatsbetriebe vertiefen. Wir müssen die Errichtung des modernen Unternehmenssystems vollenden, das die Eigentumsrechte und andere Rechte wie Verantwortlichkeiten klar definiert und die staatliche Verwaltung vom Unternehmensmanagement trennt und ein wissenschaftliches Management gewährleistet ... Seit Beginn der Reformen und der Öffnung

hat unsere Partei eine angemessene Reform der Staatsbetriebe immer als das zentrale Element in der Reform der Wirtschaftsordnung betrachtet.“ (BBC, 28.4.01) -ma-

13 Tag der nationalen Verteidigungserziehung

Der Rechtsausschuss des Nationalen Volkskongresses hat Ende April ein Gesetz zur Einrichtung eines „Tages der nationalen Verteidigungserziehung“ erlassen, auch als „Tag der nationalen Erniedrigung“ verstanden. Laut Gesetz soll der neue Gedenktag „den Patriotismus und den nationalen Verteidigungsaufbau fördern“. Die Rechtsexperten des Ausschusses konnten jedoch keine Einigung über das Datum erzielen, an dem der Gedenktag abgehalten werden soll. Ein Teil der Experten hatte den 7. September vorgeschlagen, weil an diesem Tag im Jahr 1901 China von elf ausländischen Mächten gezwungen worden war, einen zutiefst erniedrigenden Vertrag, das so genannte Boxerprotokoll, zu unterzeichnen und „China der ausländischen Kontrolle zu überlassen“. Im Gegensatz dazu sprach sich eine große Anzahl von anderen Rechtsexperten für die Daten „7. Juli“ bzw. „18. September“ aus, weil „diese Daten die Menschen wirkungsvoller an die Erniedrigung erinnern können, die China in seiner modernen Geschichte erlitten hat“. Beide Daten stehen in Bezug zur „japanischen Aggression gegen China“. Dazu heißt es: „Japans Invasion hat das verheerendste Trauma für das chinesische Volk hervorgerufen, was für Chinesen das unvergesslichste ist.“ Dem Einwand, es sei nicht angemessen, ein einzelnes Land zum „Ziel“ zu machen, begegneten die Befürworter des 7. Juli bzw. 18. September mit dem Argumente: „Ausländische Anti-China-Kräfte hatten China zum Ziel genommen. Es ist nicht notwendig, dass China es unterlässt, irgend jemanden zum Ziel zu machen.“ (XNA, 29.4.01) -ma-

14 Menschenrechtsbericht 2000

Anfang April hat das Informationsbüro des Staatsrates ein Weisspapier unter dem Titel „Chinas Menschenrechtsfortschritte 2000“ veröffentlicht.

Angesichts des offiziellen Charakters eines solchen Papiers versteht es sich nahezu von selbst, dass das Fazit ausgesprochen positiv ausfällt. Zum einen habe die chinesische Regierung die UN-Charta zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte immer und ohne Abstriche respektiert und die entsprechenden Bemühungen der Vereinten Nationen unterstützt, der Charta zur praktisch-politischen Geltung zu verhelfen. Zum anderen habe die chinesische Regierung immer und ohne Ausnahme die Bedeutung internationaler Verträge zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte gewürdigt. Insgesamt habe man 18 internationale Vereinbarungen zu Menschenrechtsfragen anerkannt bzw. ratifiziert. Drittens habe China durch die Unterzeichnung solcher Abkommen wie „International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights“ 1997 und „International Covenant on Civil Rights and Political Rights“ 1998 seine Entschlossenheit bewiesen, in Menschenrechtsangelegenheiten international zu kooperieren. Viertens habe China die von ihm ratifizierten Verträge immer ernst genommen und sich darum bemüht, den vertraglich vereinbarten Verpflichtungen konsequent nachzukommen. Vor allem habe China, wie vertraglich vorgesehen, Berichte hinsichtlich der konkreten Umsetzung der Verträge ohne Verzögerung zur Verfügung gestellt und Einwände der zuständigen UN-Institutionen akzeptiert. „China schenkt der Rolle und Arbeit des UN High Commissioner for Human Rights große Aufmerksamkeit, und es hat die Zusammenarbeit mit dem Büro des High Commissioner for Human Rights (OHCHR) aktiv betrieben.“ Man habe auch mit anderen Partnern, so z.B. den EU-Staaten, Menschenrechtsdialoge geführt; denn: „China has persistently advocated that every nation should launch human rights dialogues and view exchanges on an equal basis and with mutual respect to promote mutual understanding, expand common ground and narrow differences.“

In der Eröffnungspassage betont das Weisspapier die bekannte Grundhaltung der chinesischen Regierung, wonach „die Rechte auf Leben und Entwicklung“ Vorrang vor allen anderen Überlegungen hätten. In diesem Sinne haben die Gesellschaft und Wirtschaft

des Landes „gesunde Fortschritte“ gemacht. Auch der Aufbau eines demokratischen Rechtssystems schreite voran, sodass die Entwicklung der Menschenrechte positiv zu bewerten sei.

Mit Genugtuung vermerkt das Papier, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2000 eine Höhe von 8,904 Billionen Yuan erreicht habe und somit erstmals über der Grenze von einer Billion US-Dollar lag. Pro Kopf entspreche das 800 US-Dollar. Mit anderen Worten: Man habe das Ziel einer Verdreifachung des Pro-Kopf-BIP gegenüber 1980 verwirklicht. Auch die anderen makroökonomischen Indikatoren weisen laut Paper alle eine unter Menschenrechtsaspekten positive Tendenz auf. Vor allem sei das Einkommen in Stadt und Land erheblich gestiegen. Man nähere sich der Schwelle eines bescheidenen Wohlstandes für die große Mehrheit der Bevölkerung. Dementsprechend habe sich das Konsumverhalten in jüngster Zeit nachdrücklich verändert. Die Ausgaben für Nahrung und anderen Grundbedarf seien relativ rückläufig. Statt dessen fließen größere Einkommensanteile in Bereiche wie „Erziehung, Wohnung, Gesundheit, Kommunikation, Kultur und Freizeit.“ Vor allem die Wohnbedingungen hätten sich deutlich verbessert. Die durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf sei seit 1995 in den Städten von 8,1 qm auf 9,8 qm gestiegen, auf dem Lande von 21,1 qm auf 24,2 qm.

Auch die Armutsbekämpfung sei von erheblichen Erfolgen gekennzeichnet. Die Rate absoluter ländlicher Armut sei seit Beginn der Reformpolitik 1978 von 30,7% auf drei Prozent gesunken. „China has basically resolved food and clothing issues for the poor population and has significantly improved their quality of life, in bright contrast to the fact that the destitute population around the world continues to grow.“ Mit Stolz wird zur Kenntnis genommen, dass das UNDP Chinas Leistungen in der Armutsbekämpfung als ein „model for developing countries and the whole world“ bewertet hat. Auch die durchschnittliche Lebenserwartung sei im Verlaufe der letzten fünfzig Jahre von 35 Jahren auf 71,8 Jahre gestiegen und habe damit nahezu das Niveau industrialisierter Länder erreicht.

Ferner habe China „actively promoted the building of democracy and the legal system“. Einrichtungen wie der Nationale Volkskongress und die Politische Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes seien systematisch ausgebaut worden, um führend an der politischen Willensbildung teilzunehmen. „Multi-party cooperation and political consultation under the leadership of the Chinese Communist Party is an important component of the Chinese democratic political system ... The CPPCC at all levels and various democratic parties have given full play to their increasing role in carrying out political consultation and democratic supervision, as well as in participating in and discussing governmental and political affairs.“ Ausdrücklich erwähnt das Papier, dass insgesamt 14.000 Mitglieder der so genannten demokratischen Parteien und parteiungebundene Personen zu Vertretern der Volkskongresse auf allen Ebenen gewählt worden seien, und weitere 22.000 Personen agierten als Mitglieder der Politischen Konsultativkonferenzen auf allen Ebenen.

„The channels for democratic supervision by the Chinese People's Consultative Conference at all levels, various democratic parties and non-party personnel have been further broadened. Currently there are hundreds of thousands of people from each democratic party and non-party personnel acting as special agents for People's Procurates at every level and in every department, engaging in supervision, auditing, education, land resource management, taxation, human resources, public security matters and legal and administrative supervision.“

Ferner vermerkt das Papier, China würde dem Schutz der Menschenrechte auch im Rahmen einer soliden Gesetzgebungsarbeit, einer fairen Rechtspraxis und einer strikten Durchsetzung der Gesetze Aufmerksamkeit zollen. Man habe deutliche Fortschritte im gerichtlichen Schutz der Menschenrechte erzielt. „We now have a fairly thorough legal system around the constitution, with applicable laws for every domain of society and life. The human rights of the people in every area are now protected by law.“

Auch das nationale Strafprozesswesen werde in klarer Übereinstimmung mit dem Strafrecht gehandhabt. „China guarantees that citizens' lives, property, safety and other human rights will not be violated. In 2000, public security organs and judicial organs adopted forceful measures, in accordance with the law, to crack down hard on serious gang-based violent crimes such as organized crime and crimes involving guns and violence, and on frequently occurring criminal acts such as theft and robbery.“ Insgesamt haben die Gerichte des Landes 2000 über 560.000 Strafprozessfälle bearbeitet und über 640.000 Straftäter verurteilt. Ferner waren über 3,41 Millionen Zivilprozessfälle anhängig sowie 1,31 Millionen Fälle mit wirtschaftlichen Straftatbeständen.

Besonders dynamisch habe sich zudem das Rechtsanwaltswesen entwickelt. Gegenwärtig gebe es über 9.500 Anwaltskanzleien mit mehr als 110.000 Anwälten. „As of July 2000, China has permitted 92 foreign law firms and 28 Hong Kong law firms to set up offices in China.“ Die Tätigkeit der Anwälte werde zunehmend durch die Arbeit von Rechtsberatungsinstitutionen ergänzt. „At the end of 2000, there were 1.853 organizations at all levels nationwide providing legal assistance, with 6.109 specialized personnel. In 2000, they handled over 170.000 cases of legal assistance nationwide.“

Ferner habe man im Jahr 2000 auch das Arbeitsrecht erheblich gestärkt. Die chinesische Regierung „made new efforts to protect workers' economic, social and cultural rights and achieved new progress. The government enacted and implemented Regulations on Management of the Labour Market in 2000 based on the Labour Law, which provides guarantees for workers' employment rights.“ Ferner habe die Regierung im Jahr 2000 auch die Ausgaben für das Sozialwesen deutlich erhöht. Insgesamt seien 47,8 Milliarden Yuan zur Grundabsicherung des Daseins für Rentner und Arbeitslose bereitgestellt worden.

Zudem habe der Staat seine Anstrengungen erhöht, das allgemeine Erziehungswesen auszubauen und zu verbessern. Seit 1995 seien die Ausgaben für Erziehung und Ausbildung im jährlichen Durchschnitt um 15,56%

gestiegen, d.h. mehr als verdoppelt worden. „By the end of 2000, China achieved fundamental accomplishment of nine-year compulsory education in all places and basically eliminated illiteracy among youths and adults. Universal nine-year compulsory education reached 85 per cent of the population and the illiteracy rate among youths and adults has fallen below 5 per cent.“

Laut Urteil des Weisspapiers wurden auch in zahlreichen anderen Bereichen, so z.B. hinsichtlich des Kultur- und Unterhaltungsangebots (2.622 Theater, 2.911 Kulturzentren, 2.769 öffentliche Bibliotheken, 1.373 Museen, 93,4% Haushalte mit TV-Gerät usw.) und des Kommunikationswesens (230 Millionen Haushalte mit Fernsprechköglichkeit, 22,5 Millionen Internetanschlüsse), erhebliche Fortschritte erzielt.

Besonders betont das Papier die positiven Entwicklungen der letzten Jahre hinsichtlich der rechtlichen und faktischen Gleichstellung der Frauen. „China's women's rights in such areas as politics, economics, education, and marriage and family continue to benefit from effective promotion and protection. The extent of women's involvement in the management of state and social affairs has increased significantly ... The number of female workers continues to grow, and occupation distribution grows more appropriate. By October 2000, there were 330 million female workers in China, accounting for 46,7 per cent of the total work force.“ Auch das Erziehungs- und Ausbildungsniveau der weiblichen Bevölkerung habe sich in den letzten Jahren eindeutig erhöht. „In 2000, the average educational duration for women exceeded 6.5 years, and the gap in the educational duration for adult males and females declined from 1.7 years in 1995 to 1.5 years.“ Ähnliche Erfolge seien auch im Bereich des Schutzes der Kinder erzielt worden. Dies gelte sowohl für den rechtlichen als auch den materiellen und gesundheitlichen Schutz.

Schließlich befasst sich das Weisspapier ausführlich mit der Minderheitenpolitik der chinesischen Regierung und dem besonderen rechtlichen Schutz von Minderheiten im Lande. „The state protects the ethnic minorities'

freedom to use and develop their own spoken and written languages. The autonomous organs in minority autonomous regions use one or several local languages to administer official affairs; broadcasting, cinema and television, books, newspapers and magazines in autonomous areas also use one or several local languages according to regulations.“ (BBC PF, 9.4.01) -ma-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

15 Wissenschafts- und Technologie-Zentrum in Shanghai

Der Bau des größten wissenschaftlich-technischen Zentrums in China, des Wissenschafts- und Technologie-Zentrums in Shanghai, ist vollendet. Mit dem Bau in der Pudong New Area von Shanghai wurde vor zwei Jahren begonnen. Ein Teil wurde bereits im Januar 2001 eröffnet. Das Zentrum wurde mit einer Investitionssumme von 1,5 Mrd. Yuan erbaut. Es hat eine Innenraumfläche von 68.000 qm. Entworfen wurde es von amerikanischen Architekten, und zwar in einer eigenwilligen Form, die einem fliegenden goldenen Vogel ähnelt. Das Zentrum ist ein Multifunktionsbau, der für Bildung und Ausbildung, Forschung, Ausstellungen, Austausch und Popularisierung von Wissenschaft und Technik bestimmt ist. (XNA, 4.4.01) -st-

16 Gehaltsreform an Akademie der Wissenschaften

Die Akademie der Wissenschaften hat ein neues Gehaltssystem für die Wissenschaftler eingeführt. Danach hat das traditionelle System der Vergütung nach feststehenden Berufsbezeichnungen seine Gültigkeit verloren. Stattdessen werden Gehaltsstufen nach der Position oder Funktion eines Wissenschaftlers eingeführt. Entsprechend steht der Begriff *yanjiuyuan* (Forscher, Wissenschaftler) nicht mehr für eine Berufsbezeichnung (*zhicheng*), sondern bezeichnet die Position oder Funktion (*gangwei*). Dies be-

deutet, dass führende Wissenschaftler höhere Gehälter bekommen als Wissenschaftler, die weniger qualifiziert und in untergeordneten Positionen tätig sind. Die Gehälter berechnen sich nach einem Grundgehalt und zusätzlichen Sondervergütungen für besondere Leistungen. Für Wissenschaftler, die weltweite Anerkennung genießen, sollen die Gehälter auf das im Ausland übliche Niveau angehoben werden. Das Gleiche soll für Institutsleiter gelten. Erfolgreiche Leiter von Akademieinstituten erhalten bis 2005 Sondervergütungen, wie sie bereits auf Versuchsbasis an einigen Instituten gewährt werden. Im vergangenen Jahr konnten Institutsleiter zusätzlich zu ihrem Grundgehalt 100.000 Yuan verdienen. (RMRB u. XNA, 23.4.01)

In dieser Maßnahme kommt nicht nur die Wertschätzung, die der Staat den Wissenschaftlern entgegenbringt, zum Ausdruck, sondern es soll vor allem die Attraktivität von Wissenschaftlerstellen erhöht werden. Damit will man verhindern, dass die Elite von Chinas Wissenschaftlern ins Ausland geht und hochqualifizierte Auslandsstudenten nach Beendigung ihres Studiums nicht nach China zurückkehren. -st-

17 Sieben Universitäten in Wuhan kooperieren

Sieben Schwerpunktuniversitäten in Wuhan, die seit Jahren in Wettbewerb stehen, wollen jetzt eng miteinander kooperieren. Es handelt sich um die Wuhan-Universität, die Zentralchinesische wissenschaftlich-technische Universität, die Zentralchinesische Pädagogische Hochschule, die Wuhan-Universität für Natur- und Ingenieurwissenschaften, die Chinesische Hochschule für Geowissenschaften, die Zentralchinesische Hochschule für Agrarwissenschaften und die Zentralsüdchinesische Universität für Finanz-, Wirtschafts-, Politik- und Rechtswissenschaft. Die Präsidenten dieser Universitäten haben kürzlich einen Vertrag über eine befristete Zusammenarbeit für zunächst sieben Jahre unterschrieben. Drei dieser Universitäten waren im vergangenen Jahr durch Zusammenschluss mehrerer tertiärer Bildungseinrichtungen neu gegründet worden (vgl. C.a., 2000/5, Ü

19). In dem Kooperationsabkommen ist festgelegt, dass sich die sieben Universitäten zum gegenseitigen Nutzen ergänzen. Alle Einrichtungen wie Labore, Hörsäle und Bibliotheken können gemeinsam genutzt werden, Lehrpersonal an mehr als einer Universität unterrichten. Die wichtigste Neuerung aber liegt darin, dass die Studenten Wahl- und Nebenfächer an einer jeweils anderen der betr. Universitäten belegen, sich auf ein zweites Fachstudium spezialisieren und zwei Bachelorexamen machen können. Im Falle eines Doppelstudiums kann die Studienzeit um ein Jahr verlängert werden. (GMRB, 1.4.01) Die Hochschulkooperation dürfte sich vor allem für die Studenten positiv auswirken. Denn sie sind nicht mehr an enge Fach- und Hochschulgrenzen gebunden, sondern können entsprechend ihren Begabungen und Neigungen neue Fächerkombinationen studieren, für die es in Zukunft verstärkten Bedarf gibt. Gerade die enge fachliche Kompetenz war bislang immer ein Manko der Hochschulbildung in China gewesen. -st-

18 Einschränkungen für Hochschulaufnahmeprüfungen aufgehoben

Das Bildungsministerium hebt ab diesem Jahr die bislang bestehenden Einschränkungen für die Teilnahme an den Hochschulaufnahmeprüfungen auf. Für die Zulassung zu regulären Hochschulen gibt es künftig weder eine Altersbegrenzung noch müssen Studienbewerber unverheiratet sein. Bislang durften Studienbewerber nicht über 25 Jahre alt sein; fortan können auch ältere Kandidaten an den Aufnahmeprüfungen teilnehmen. Auch ist es egal, ob sie verheiratet sind oder nicht. Aufgehoben wurde auch die Bestimmung, dass Absolventen von Fachmittelschulen nur technische Hochschulen besuchen können. Künftig können sie sich auch um einen Studienplatz an einer regulären Universität oder Hochschule bewerben. (RMRB, GMRB, 3.4.01)

Diese Maßnahmen fördern die Ausweitung der Hochschulbildung, die seit einigen Jahren betrieben wird. Sie erhöhen aber zugleich die Chancengleichheit im tertiären Bildungsbereich und unterstreichen die Politik des „lebens-